

Neue
Kleine Bibliothek 188

Horst Kahrs (Hg.)

Piratenzauber

Über eine Gesellschaft,
die Freibeuter hervorbringt

PapyRossa Verlag



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Die Veröffentlichung dieser Publikation erfolgte mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

© 2013 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln
Luxemburger Str. 202, 50937 Köln
Tel.: +49 (0) 221 – 44 85 45
Fax: +49 (0) 221 – 44 43 05
E-Mail: mail@papyrossa.de
Internet: www.papyrossa.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Joachim Kubowitz, luxsiebenzwoplus
Druck: Interpress

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-89438-508-8

aus: Horst Kahrs (Hrsg.): Piratenzauber, ISBN 978-3-89438-508-8
© 2013 by PapyRossa Verlag, Köln / CC BY-NC-ND 3.0 (s. Impressum)

Inhalt

Potential und Projekt	7
CONNY HILDEBRANDT / HORST KAHRS / NELLI TÜGEL Piratenflaute	10
Auf dem Weg zu einer Partei unter vielen anderen?	
WOLFGANG STORZ Piraten und Massenmedien	33
Wer beherrscht das Spiel?	
GEORG FÜLBERTH Piraten im historischen Kontinuum	48
HORST KAHRS Eine neue soziale Idee aus der Mitte der »digitalen Gesellschaft«?	60
KONSTANZE KRIESE Vom schwierigen Auszug aus dem Fordismus	74
Arbeit und Produktion im digitalen Zeitalter	
MARTIN BECKMANN Die Piratenpartei und die Digitalisierung der Arbeit	92
TOBIAS SCHULZE Freies Wissen – die praktische Entknappung einer Ressource	100
MICHAEL PAETAU Freiheit und Wissensordnung	113
JÜRGEN SCHEELE Das Netz, die Eigentumsfrage und digitale Commons	131

MICHAEL WEBER	
Neue Chancen für Transparenz und Bürgerbeteiligung durch Einsatz modernerer Kommunikationsmethoden	146
DETLEF KANNAPIN	
Die »Fix-it-Ideologie« und ihre gesellschaftlichen Grenzen	161
MICHAEL PAETAU	
Kybernetik und flüssige Demokratie	173
Was bleibt?	188
Autorinnen und Autoren	195

Potential und Projekt

Thema dieses Buchs ist nicht die Piratenpartei, obwohl sie in jedem Beitrag gegenwärtig ist. Für uns interessanter ist der Zauber, der ihren Aufstieg begleitet (hat?), also ihr Potential und ihr Projekt, das sich darauf bezieht.

Beide sind älteren Datums.

Demokratie, Transparenz, individuelle Freiheit und universelle Teilhabe: so lassen sich die proklamierten Ziele aller Emanzipationsbewegungen seit den bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts beschreiben. Sie wurden – trotz einiger Fortschritte und Annäherungen – bis heute letztlich nicht verwirklicht, aber unter immer wieder veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Nimmt man die Selbsterklärungen der Piratenpartei ernst – und das sollte man tun –, dann erweckt sie den Anschein, als versuche sie diesen Weg fortzusetzen, jetzt aber unter Nutzung eines Potentials, das die Dritte Industrielle Revolution – die digitale Durchdringung der Gesellschaft – liefert. Das Versprechen, das in den programmatischen Äußerungen dieser Partei zum Ausdruck kommt, setzt zugleich ein älteres Paradigma fort: wissenschaftlich-technischer Fortschritt als notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für die Verwirklichung emanzipatorischer Ziele und von Wohlfahrt. Zugleich entstehen neue Gefahren, die diese Werte bedrohen.

Im Fall der Dritten Industriellen Revolution und ihrer Interpretation durch die Piraten bedeutet dies im Einzelnen:

Das Internet ist eine Allmende (commons), die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder an Information, an Wissen und an der Gestaltung

ihres Zusammenlebens erlaubt. Bedroht wird diese Perspektive durch ein ebenfalls erweitertes Potential von Kontrolle und Fremdbestimmung, die von Staaten und Unternehmen ausgeübt wird, sowie durch den Versuch der Privatisierung der technisch ermöglichten Freiräume. Das Netz ist ein umkämpftes Gebiet. Seine Entdeckung durch sich als emanzipatorisch verstehende Politik hat darüber hinaus zur Wiederaufnahme anderer Versprechen geführt: Schaffung und Nutzung von commons auch jenseits der Informationstechnologie, und sei es das Bedingungslose Grundeinkommen, der fahrscheinlose Öffentliche Nahverkehr oder eine Energiegrundversorgung.

Ebenfalls über den Bereich der Kommunikation hinaus reicht die digitale Umwälzung der Arbeitswelt mit Erosion traditioneller Beschäftigungsverhältnisse, Entwertung bislang relevanter Fertigkeiten, Entstehung vorher unbekannter Qualifikationsanforderungen und mit den Freiheitsräumen von quantitativ erweiterter (Schein-)Selbständigkeit – zugleich aber auch hier die neue Qualität von Kontrollierbarkeit des Individuums und das Anwachsen von Prekarität.

Dies sind die Bedingungen, unter denen in vielen Ländern die Piratenparteien entstanden sind und unter denen diese selbst – oder im Fall ihres Scheiterns – andere Organisationen, die ihren Impuls aufnehmen könnten, stehen.

In ihrer noch sehr kurzen Geschichte sind schon Fallen sichtbar geworden, in die sie geraten könnten.

Bewegungen, die Freiheit, Demokratie und Teilhabe einforderten, sind in der Vergangenheit immer wieder im Mainstream einer bürgerlichen Gesellschaft aufgegangen, in der sie letztlich wesentliche Teile ihrer Ziele aufgaben. Jede von ihnen, die danach neu antritt, stößt auf die erfahrungsgesättigte Skepsis derer, die ihr vorhersagen zu können meinen, wie ihr Versuch auch diesmal enden werde: in irgendeinem Juste-Milieu.

Eine Kritik, die den Versuch, gesellschaftliche Probleme auch mit Hilfe technischer Möglichkeiten zu lösen, als lediglich instrumentelle Vernunft unter Ideologieverdacht stellt, wird die bereits vor vielen Jahrzehnten von Charles Percy Snow konstatierte Sprachlosigkeit zwischen den Zwei Kulturen – der natur- und technikwissenschaftlichen

einerseits, der geistes- und sozialwissenschaftlichen andererseits – überwinden müssen, soll sie nicht steril bleiben.

Piratenpartei, Gewerkschaften und große Teile auch der kritischen Ingenieursintelligenz pflegen zurzeit ein allenfalls aseptisches Verhältnis zueinander. Konzentration auf eine Stammklientel, Versuche von Vereinnahmungen, Bündnisse – welche dieser traditionellen Verhaltensweisen sind angemessen? Wodurch können sie ersetzt werden?

Die Piratenpartei Deutschland ist in ihrer Aufstiegsphase sofort Objekt der traditionellen Medien geworden. Wird sie ihnen gegenüber Autonomie auf der Basis eigener, netzbasierter Kommunikation und Teil-Öffentlichkeit bewahren können, ohne auf traditionelle mediale Öffentlichkeitswirkung verzichten zu müssen?

Wie das Beispiel der Grünen zeigt, kann die Anpassung einer Partei an einen Politikbetrieb, gegen den sie einmal angetreten war, durchaus mit dauerhafter parlamentarische Präsenz belohnt werden. Ihr Ausgangsprojekt wird dann – wie in der Vergangenheit immer wieder einmal – subjektlos werden. Das wäre schade.

Die Aufsätze dieses Bandes – dessen Autorinnen und Autoren verschiedenen Parteien angehören und die sich in ihren Beiträgen teilweise aufeinander beziehen – artikulieren Hoffnungen und Warnungen. Sie erscheinen im Vorfeld einer Wahlbewegung und gehen davon aus, dass der doppelte Gegenstand ihrer Beobachtung – das durch die Digitale Revolution bereitgestellte Potential und das politische Projekt, welches daran anknüpft – auch danach noch aktuell bleiben wird, in welcher parteipolitischen Ausformung auch immer.

Die Autorinnen und Autoren

HORST KAHRs

Eine neue soziale Idee aus der Mitte der »digitalen Gesellschaft«?

Die Berliner Piratenpartei stellte in ihrem Wahlkampf im September 2011 in besonderer, zugespitzter und zugleich prototypischer Weise neben demokratiepolitischen Themen sozial- und gesellschaftspolitische Themen in den Mittelpunkt. Grundeinkommen, Mindestlohn, bezahlbarer Wohnraum und fahrscheinloser Nahverkehr bildeten dafür die plakativen Stichworte. Offensichtlich, so lautete die These dieses Beitrages, wurden sie von den Wählerinnen und Wählern als Chiffren für eine neue, postneoliberale Sozialstaatlichkeit verstanden und unterstützt – gerade weil sie bestimmt und unpräzise zugleich waren. »Fahrscheinloser Nahverkehr« spricht in einer Großstadt das Bedürfnis nach komfortabler und unkomplizierter Mobilität an, lässt aber auch Verwechslung mit »kostenlosem Nahverkehr« zu. Den »Mindestlohn« durch das Wort »Brückentechnologie« mit dem »Grundeinkommen« auf einem Plakat zu verbinden, spricht den Zusammenhang von Arbeitseinkommen und Bürgereinkommen direkt an, ohne ihn präzise zu quantifizieren. Der attraktive Kern dieses Herangehens besteht rückblickend darin, in Zeiten großer Unsicherheit in den persönlichen Lebensumständen einen gesicherten Zugang zu den minimalen Voraussetzungen des individuellen Lebens in Gesellschaft zu reklamieren: Einkommen, Wohnen, Mobilität in Verbindung mit freiem Internet-Zugang, erweiterbar um Energie, Wasser. Die reklamierten Güter sind nicht beliebig, sondern die notwendige

Voraussetzung für die individuelle Handlungsfähigkeit, wenn es um die Herstellung befristeter und zugleich vielfältiger Kooperation, Vernetzung, Gemeinschaftsbildung in den digitalisierten Arbeits- und Lebenswelten geht. Was braucht das Individuum, um sich vernetzen, kooperieren zu können? Die soziale Frage wird aus der Perspektive liberalen und libertären Denkens zu ihrem sozial-liberalen Ende gedacht: Es geht um das »Vorbereiten eines ebenen Spielfelds« (John E. Roemer) durch die Gesellschaft, auf dem jeder mit gleichen Chancen sein Spiel machen kann.

Es waren vor allem Wählerinnen und Wähler aus dem modernen Prekariat, die sich bei der Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl für die Piratenpartei entschieden haben. Für den Wahlerfolg der Piratenpartei spielte sicherlich das Thema »Transparenz« vor dem Hintergrund des erfolgreichen Volksbegehrens zur Offenlegung der Verträge zur Wasserprivatisierung 1999 eine wichtige Rolle. Die Zusammensetzung der Wählerschaft der Piratenpartei spricht dafür, dass die Partei zugleich als politische Projektionsfläche für ein verbreitetes Verlangen nach einer Neukonstitution von Sozialstaatlichkeit diene. Für diese These, dass die Wahlerfolge der Piratenpartei auch einen hohen sozialstaatlich geprägten Anstoß besitzen, gibt es bislang keine ausreichend erhärteten empirischen Belege, wohl aber eine Reihe von Hinweisen aus der Wahlforschung.

Alexander Hensel (Hensel 2012) deutet die Piratenpartei vor dem Hintergrund der Entwicklung der Hacker-, Gamer- und open-source-Kulturen seit den 1980er Jahren und politischen Zusammenschlüssen wie dem Chaos Computer Club oder dem AK Vorratsdatenspeicherung »als politischer Ausdruck eines neuen Milieus, dessen gemeinsamer Nenner in der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Potentialen einer Wissens- und Informationsgesellschaft liegt«, als Ausdruck derjenigen Gruppe, »die vom digitalen Wandel in voller Breite erfasst worden ist und deren alltägliches Leben von der Emergenz des Internets und dessen Kultur in besonderer Weise geprägt wird«. »Entscheidend für die Entstehung eines Milieus ist dabei die Entwicklung einer bewussten Wahrnehmung von gemeinsamen Lebenslagen, Erfahrungen, Interessen und Wertvorstellungen sowie

eine daraus erwachsende kollektive Identität.« (Hensel 2012: 42) Tatsächlich spricht einiges dafür, die Entstehung der Piratenpartei unter dem Blickwinkel einer subkulturellen Milieupartei zu betrachten. Ungeklärt bleibt jedoch das Verhältnis zur wachsenden Gruppe derjenigen, die das Internet und seine Kulturtechniken als integralen Bestandteil ihres Lebens begreifen, aber offensichtlich nicht Teil jenes kulturellen Milieus sind. Schließlich setzt der Gebrauch des Begriffs »Milieupartei« eine stabile Beziehung zwischen dem Milieu und »seiner« Partei voraus, wovon bezüglich des Großteils der Wählerschaft der Partei nicht, vielleicht: noch nicht, die Rede sein kann.

Dieser Beitrag trägt im Sinne einer Skizze für weitere Untersuchungen für die Metropole Berlin einige sozialstrukturelle Daten und Aspekte zusammen, die darauf hindeuten, dass die Piratenpartei in Berlin weniger als politischer Ausdruck einer Internet-Subkultur gewählt wurde, sondern, neben demokratiepolitischen Motiven vor allem auch als politischer Ausdruck einer neuen sozialen Idee von Gesellschaftlichkeit.

Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Herbst 2011 erreichte die Piratenpartei 8,9%, im ehemaligen Westteil der Stadt 8,1% und im ehemaligen Ostteil 10,1% der gültigen Zweitstimmen. Mit 19,5% und 17% wurden die beiden herausragenden Ergebnisse in zwei Friedrichshainer Wahlkreisen, im ehemaligen Ostteil Berlins, erzielt. In drei von zwölf Stadtbezirken und in 22 von 78 Wahlkreisen erreichte die Partei ein zweistelliges Ergebnis. Was kennzeichnet diese Gebiete?

Mit Ausnahme von zwei Wahlkreisen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf im äußersten Osten der Stadt umschließen die Hochburgen der Piratenpartei das alte Ostberliner Stadtzentrum und den neuen Regierungsbezirk im Norden, Osten und Süden. Sie liegen alle im inneren Stadtgebiet. Zu ihnen zählen die Viertel, die gemeinhin unter jüngeren Stadtbewohnern und Touristen als »angesagt« gelten, in denen sich die Erwerbstätigen der »creative industries« wiederfinden, in denen massive sozialräumliche Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse stattgefunden haben, stattfinden oder sich vehement ankündigen. Diese Viertel unterscheiden sich in ihrer Alters- und Sozialstruk-

tur erkennbar von den meisten Stadtbezirken im ehemaligen Westteil der Stadt und den Peripherie-Bezirken im Osten.

Ein knappes Drittel aller Berliner Wahlberechtigten ist 60 Jahre und älter, zwei Fünftel sind zwischen 35 und 60 Jahre alte und nur ein Viertel ist jünger als 35 Jahre. Im Ostteil der Stadt ist die Wahlbevölkerung deutlich jünger als im Westteil, der Anteil der unter 35-Jährigen liegt hier bei 29,3 Prozent gegenüber 22,5 Prozent im Westteil, bei den über 60-Jährigen liegt der Westteil mit 35,9 Prozent erheblich vor dem Ostteil mit 28,5 Prozent. In der gesamten Wahlbevölkerung besitzen diejenigen, die vorwiegend unter den Bedingungen der geteilten Stadt sozialisiert wurden, also 1990 bereits 20 bis 25 Jahre alt waren noch eine 60:40 Mehrheit gegenüber den unter 40- bis 45-Jährigen. Mehr noch als in der wahlberechtigten Bevölkerung dominieren diese mittleren und älteren Generationen unter den Wählerinnen und Wählern. Die Wahlbeteiligung lag bei den unter 30-Jährigen knapp unter 50 Prozent, im Ostteil bei den unter 25-Jährigen sogar unter 45 Prozent. Bei den 30- bis 40-Jährigen betrug sie zwischen 55 und 60 Prozent, dann stieg sie schrittweise bis auf 70 Prozent bei den über 60-Jährigen an. Die Jüngeren sind aufgrund der demografischen Struktur in der Minderheit. Und zudem nahmen und nehmen sie in einem geringeren Umfang an Wahlen teil. Der Wahlerfolg der Piratenpartei erscheint daher auch als demonstratives Heraustreten jüngerer Wählerschichten aus den politischen Wahrnehmungsmustern und -ritualen der älteren. Erleichtert, vielleicht ermöglicht wurde dies durch die stadträumlichen Differenzierungen der Altersstruktur.

Die Altersstruktur in den 22 Wahlkreisen, die mit zweistelligen Wahlergebnissen als Hochburgen der Piratenpartei gelten können, ist nochmals deutlich jünger als diejenige im gesamten Ostteil der Stadt. Im Stadtbezirk Mitte (»Hauptstadtbezirk«) haben die drei Wahlkreise mit hohem Piratenanteil, die vorwiegend im Wedding liegen, einen Anteil von 18- bis 25-Jährigen von bis zu einem Sechstel, der Anteil der unter 35-Jährigen erreicht 40%. In den beiden Friedrichshainer Wahlkreisen mit dem besten Piratenpartei-Ergebnis Berlins beträgt der Anteil der unter 35-Jährigen sogar 50 bis 55 Prozent, hervorgerufen durch einen hohen Anteil von 40 Prozent der 25- bis 35-Jährigen.

Auch im Stadtbezirk Pankow/Prenzlauer Berg beträgt der Bevölkerungsanteil der Jüngeren in den Piratenpartei-Hochburgen zwischen 30 und 40 Prozent, gleiches gilt in Treptow-Köpenick und in Marzahn-Hellersdorf: Auch hier unterscheiden sich die Hochburgen der Piratenpartei von den umliegenden Wahlkreisen durch einen Anteil der unter 35-Jährigen an der Wahlbevölkerung von 33 bis 36 Prozent, während er in den umliegenden Wahlkreisen bei 20 bis 25 Prozent liegt.

Die Piratenpartei ist überall dort besonders stark, wo es keine stabilen, sozialräumlichen Strukturen, keine gewachsenen Milieus gibt. Ein weiteres Merkmal, welches unmittelbar mit der Altersstruktur zusammenhängt, ist der hohe Anteil von ledigen Wahlberechtigten. Er beträgt in Berlin knapp 40 Prozent, in den Piratenhochburgen regelmäßig über 50 Prozent, zuweilen sogar über 60 und in einem Fall über 70 Prozent.

Die starken Wahlkreise der Piratenpartei sind »junge Viertel« mit mobilen und flüchtigen sozialräumlichen Beziehungen und Strukturen. Sie sind nicht männlich dominiert, sondern der Anteil junger Frauen überwiegt. Es waren vor allen Dingen die Männer, die die Piratenpartei gewählt haben. Berlinweit erreichte sie bei unter 35-jährigen Männern einen Anteil von knapp über 20 Prozent der Stimmen, bei Frauen gleichen Alters fast zehn Prozentpunkte weniger. Dieses Geschlechterverhältnis in der Wählerschaft spiegelt sich nahezu in der Wählerschaft der Grünen: Hier, und gerade auch in Piratenhochburgen, überwiegt die Zustimmung von Frauen gegenüber Männern für die Grünen fast ebenso deutlich wie die Zustimmung bei Männern gegenüber Frauen bei der Piratenpartei. Offensichtlich fühlten sich Frauen in den Piratenhochburgen von deren Themen und Auftreten, damit auch von dem implizit vertretenen Sozialstaatsmodell, deutlich weniger angezogen als Männer.

Neben dem Zusammenhang zwischen Stadtraum – Nähe der Viertel zum imaginären Zentrum der Stadt – und Altersstruktur mit den starken Wahlkreisen der Piratenpartei in »charismatischen« Vierteln gibt es einen weiteren signifikanten Zusammenhang, nämlich die Korrelation zum Anteil derjenigen Personen, die in SGBII-Bedarfs-

gemeinschaften (»Hartz IV«) leben. In den beiden Piraten-Hochburgen in Marzahn-Hellersdorf beträgt er 23,5 bzw. 27,4 Prozent, in den Neuköllner Hochburgen 22,5 bis 27,2 Prozent, in den drei Hochburgen in Mitte 19,4 bis 26,4 Prozent. Nur in den starken »Piratenbezirken« in Pankow/Prenzlauer Berg liegt der Anteil der Hartz-IV-Beziehenden kaum über dem Berliner Durchschnitt von 12,5 Prozent. Der Zusammenhang zwischen einem hohen Anteil von Piratenpartei-Wählern und Hartz-IV-Beziehenden besteht nur dort, wo es einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil von jüngeren Wahlberechtigten gibt. So beträgt etwa im Wahlkreis Altstadt Spandau der Anteil der Hartz-IV-Beziehenden an der Wahlbevölkerung 19,9 Prozent, der Anteil der unter 35-Jährigen aber nur 26 Prozent der Wahlbevölkerung und die Piratenpartei erzielte unterdurchschnittliche 7,9%. Nicht dort, wo viele Arbeitslose leben, gibt es viele Piratenwähler. Sondern dort, wo viele Piratenwähler leben, leben meist auch viele Arbeitslose bzw. Sozialleistungsbeziehende. Eine Erklärung könnte in der besonderen wirtschaftlichen Prägung dieser Bezirke liegen.

Die Berliner Wirtschaftsverwaltung legte ab 2003 unter Senator Harald Wolf (DIE LINKE) ein systematisches Förderprogramm für die »creative industries« auf. Wirtschaftszweige der Kulturwirtschaft (Kreativwirtschaft: Buch, Film, Presse, Design, Werbung, Architektur, Software/Games u. a. m.), der Informations- und Kommunikationswirtschaft und angrenzender Distributionsbereiche (Post- und Kurierdienste, Call-Center u. a.) wurden zum Fördercluster »IKT, Medien und Kreativwirtschaft« zusammengefasst und verschiedene Förderprogramme zugeschnitten. Die Kreativwirtschaft sollte zu einem, ja zu *dem* dynamischen Wachstumssektor der Berliner Wirtschaftsstruktur ausgebaut werden. Dies ist, gemessen an den Umsatzzahlen und dem Gewicht Berlins an den gesamten bundesdeutschen »creative industries«, erfolgreich gewesen. Ende 2011 wurden in diesem Sektor über 217.000 Erwerbstätige gezählt, ein Anstieg von fast einem Drittel gegenüber dem Jahr 2000. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich allerdings nur um gerade einmal 10 Prozent. Die Expansion der Erwerbstätigkeit fand in diesen Wirtschaftszweigen durch den Aufbau von geringfügiger Arbeitnehmerbeschäftigung, vor allem

durch Aufwuchs der freien Mitarbeiter und »Solo-Selbständigen« statt. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen betrug in dem gesamten Cluster immer etwa ein Drittel der Erwerbstätigen. 2011 waren von den 217.000 Erwerbstätigen 61 % sozialversicherungspflichtig und 8 % geringfügig Beschäftigte, 31 % besaßen keinen Arbeitnehmerstatus. Während in Bereichen wie dem Architektur- oder Pressemarkt, auch bei den Call-Centern der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zunahm, sank er im Bereich der IT-Dienstleistungen und der Software-/Games-Industrie in den letzten Jahren zu Gunsten verschiedener Formen der Selbständigkeit. In letzterer verdoppelte sich die Zahl der formal Selbständigen von 2008 bis 2011.

Politisch hofiert – mit Fördergeldern, Räumlichkeiten und symbolischer öffentlicher Wertschätzung durch die Regierenden ausgestattet – wurde ein Wirtschaftskluster mit einer hohen Dynamik hin zu prekären Arbeitsverhältnissen zum Vorreiter des Berliner Wirtschaftsaufschwungs ernannt. Die den in den »creative industries« Tätigen öffentlich zugewiesene Bedeutung für Wirtschaftsleistung und Anziehungskraft Berlins stand und steht in keinem Verhältnis zu dem durchschnittlichen Einkommen der Beschäftigten in diesen Branchen und ihrem Einfluss auf die Berliner Politik- und Wirtschaftselite.

Gegenüber anderen Großstädten wie Hamburg, München, Bremen oder Köln hat Berlin mit rund 30% einen doppelt so hohen Anteil an erwerbstätigen Hartz-IV-Beziehern (»Aufstocker«) an allen erwerbsfähigen SGBII-Leistungsberechtigten. Der Anteil der selbständig erwerbstätigen Aufstocker liegt mit über 17% ebenfalls um nahezu das Zweifache über ihrem Anteil an allen Aufstockern in anderen Großstädten oder dem Bundesdurchschnitt. (Bundesagentur 2012) Bundesweit erzielten 2010 über vier Fünftel der selbständigen Aufstocker nur ein Einkommen von unter 500 Euro und für mehr als die Hälfte handelt es sich um einen bereits seit über zwei Jahren andauernden Zustand. (Koller u. a. 2012: 7) Generell erzielen die meisten Solo-Selbständigen ein Einkommen von unter 1.500 Euro, der soziale Schutz insbesondere bei der Altersvorsorge ist gering und sehr löcherig. Diese Bedingungen werden sowohl in den »klassischen« Zweigen der Solo-Selbständigkeit wie dem Einzelhandel und

Hausmeistertätigkeiten angetroffen als auch bei den modernen »kreativen« oder »digitalen« Dienstleistungen. (vgl. Gerner / Wießner 2012, Brenke 2013)

Neben der Solo-Selbständigkeit stellt vor allem atypische Beschäftigung in einem befristeten, Teilzeit-, geringfügigen oder Leiharbeits-Beschäftigungsverhältnis eine zwar nicht dominante, aber gleichwohl prägende Form der Einstiegsbeschäftigung für jüngere, insbesondere nach einer Hochschulausbildung dar. Etwa zwei Drittel der 20- bis 35-Jährigen abhängig Beschäftigten arbeiteten in einem unbefristeten Normalarbeitsverhältnis mit einer Wochenarbeitszeit von über 21 Stunden, allerdings war dem vielfach ein befristetes Arbeitsverhältnis vorausgegangen. Zu den prägenden Erfahrungen der Generation der unter 35-Jährigen dürfte zählen, dass sie, anders als die Altersgenossen noch 1999, »ihr Erwerbsleben häufiger mit instabileren Beschäftigungsverhältnissen, wie befristeter Beschäftigung und Zeitarbeit«, begannen, wie sie auch generell »deutlich häufiger in diesen Beschäftigungsformen tätig (sind) als die Erwerbstätigen insgesamt« (Wingerter 2009: 116). Eine weitere Erfahrung tritt hinzu: Für viele Jüngere, insbesondere Hochschulabsolventen aus der Mittelschicht mit akademischen Elternhäusern, hat eine massenhafte Entwertung ihrer Qualifikation stattgefunden. Einstiegsgehälter von 1.000 bis 1.500 Euro netto sind keine Seltenheit mehr. Eine Generation zuvor stufte die Arbeitsverwaltung arbeitslose Akademiker ohne Berufserfahrung durchaus noch nach BATIII oder gar BATIIa ein. Mit anderen Worten: Die Perspektive, ebenfalls den Wohlstand der Eltern erreichen zu können, ist zumindest in den ersten Berufsjahren keine selbstverständliche Statusperspektive mehr. Vielmehr kann der Start ins Erwerbsleben von fortbestehender Abhängigkeit von den Eltern und/oder während der Ausbildung angehäufter Schulden geprägt sein. »Je enger der Arbeitsmarkt wird, desto mehr versuchen wir uns mit Bildung zu qualifizieren«, schreibt Meredith Haaf und fährt fort: »und umso mehr Geld brauchen wir dafür, während die Chancen, dieses Geld selbst irgendwann zu erwirtschaften, schrumpfen. Und umso länger brauchen wir, in einer Lebensphase anzukommen, in der wir uns das Gefühl innerer Sicherheit gestatten können.« (Haaf 2011: 70)

In Berlin haben sich diese Erfahrungen eines womöglich prägenden Teils einer Generation mit dem (Eintritt in das) Erwerbsleben räumlich verdichten können. Sie sind in vielen Kiezen nicht mehr randständig, sondern prägend. In nahezu allen Vierteln, in denen die Piratenpartei 2011 überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte, rüttelte sie bereits bei der Bundestagswahl 2009 an der Fünf-Prozent-Marke. Welche Einstellungen zur eigenen Lebensführung und welche Perspektiven auf Gemeinschaft, Gesellschaft und Staat dabei entstehen, ist bislang unzureichend erforschtes Terrain. Eine Selbstreflexion hat begonnen, die zumindest für eine starke Minderheit in ihrem gesellschaftspolitischen Kern auf den Bruch mit den lebensweltlichen Orientierungen und Gewissheiten der Eltern und Großeltern hinausläuft. »Meine Generation befindet sich in einer paradoxen Lage, weil sie einerseits wohlhabend wie keine Generation vor ihr aufgewachsen ist (und zwar unabhängig von der Einkommensschicht), aber schlechtere Chancen als alle Generationen vor ihr hat, diesen Wohlstand auch nur zu halten. Die intergenerationelle soziale Mobilität hat sich deutlich verringert. (...) Nur wenige von uns werden über die Verhältnisse ihrer Eltern hinauskommen. Viele von uns sind aber mit einer materiellen Sicherheit aufgewachsen, die uns zu materiell extrem anspruchsvollen Menschen gemacht hat, selbst wenn wir ohne externe Hilfe gar nicht in der Lage wären, diesen Ansprüchen zu genügen.« (Haaf 2011: 70f)

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen – stellvertretend für die Grundversorgung mit Einkommen, Wohnen, Mobilität, Energie – erscheint so als Verlängerung der materiellen Geborgenheit eines Elternhauses aus der breiten Mittelschicht. Tatsächlich geht es jedoch um viel mehr. Was Haaf als »paradoxe Lage« beschreibt, bezeichnet eine gesellschaftspolitische Bruchlinie, die politisch bisher keinen repräsentativen Ausdruck im vorhandenen Parteienspektrum gefunden hatte. »Prekarität« wird in der politischen, insbesondere auch in der linken Öffentlichkeit oftmals nur unter den Vorzeichen des Mangels an anzustrebender Normalität, des Defizitären und des Verlustes sozialstaatlicher Einbindungen angesprochen. Was aber passiert, wenn Prekarität als Zugewinn an Handlungs-

souveränität oder zumindest als Normalität erfahren und gelebt wird? Wenn prekäre Arbeitsmarktverhältnisse kein Ausnahmezustand mehr sind, denen man zu entkommen vermag oder es zumindest begründet erhoffen kann, sondern wenn sie zum Planungshorizont zumindest eines ganzen Lebensabschnitts werden? Wenn daher alle auf einer arbeiterlich-sozialdemokratischen Lebensführung in einer Leistungsgesellschaft aufbauenden Versprechen wie soziale Bürgerrechte, sozialstaatliche Absicherung und individuelle Wohlstandsmehrung außerhalb des Erreichbaren liegen wie ein Nachhall längst untergegangener Zeiten?

Politisch wurden diese Erfahrungen, die in der jungen Generation womöglich unter der »Agenda 2010« eine kritische Größe überschritten, entweder unter »Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit« verbucht oder, auf der politischen Linken, mit den Ressentiments der industriellen Arbeitsgesellschaft gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen konfrontiert, während diese Linke aus der Sicht der Jüngeren etwa hinsichtlich der Verbesserung der Bedingungen für den Einstieg in das Erwachsenenleben nichts Handfestes zustande gebracht hat. Diese Linke verteidigt die Rentenansprüche der heutigen Rentner und über 50-Jährigen, die Generation der Eltern und Großeltern, die sich vielfach materiell besser stehen als ihre Kinder und Enkel, denen sich wiederum keine glaubwürdige Perspektive bietet, eine vergleichbare Kombination von hohem Sozialstatus und sozialstaatlicher Planungssicherheit zu erreichen. DIE LINKE als Partei der sozialen Ansprüche der über 45-Jährigen und die Piratenpartei als Partei der sozialen Erwartungen der unter 40-Jährigen – in diesem zweifellos zugespitzten Bild lässt sich die »paradoxe Lage« auch beschreiben.

»Die Basis der Piraten ist eine junge, gut ausgebildete Generation, die sich klar von der Elterngeneration absetzt. Sie schätzt die Freiheit, weiß aber auch um das gebrochene oder nicht erfüllte Sicherheitsversprechen, was ihre Stellung in der Gesellschaft angeht. Die soziale Spaltung nimmt zu und die guten Aussichten nehmen ab.« (Lohauß 2011: 69) Das Modell der neoliberalen Lebensführung erfordert ein hohes Maß an Selbststeuerung und Selbstmanagement der eigenen Arbeitskraft. Doch die Individualisierung kann nicht ins Bodenlo-

se getrieben werden. Die Arbeitsweise der modernen Wissens- und kreativen Berufe setzt die Fähigkeit zur Kooperation bei Wahrung individueller Autonomie voraus. Selbststeuerung setzt ein Mindestmaß an Berechenbarkeit und Planbarkeit, also Kontrolle der eigenen Lebensumstände voraus. Kooperation wiederum verlangt nach einem Mindestmaß an Gleichwertigkeit und Gleichheit. Sie bringt, ein weiterer nicht zu unterschätzender Effekt, Gemeingüter hervor, deren private Aneignung nicht selbstverständlich ist. Ein bedingungsloses Grundeinkommen – wieder *pars pro toto* verstanden – erscheint in dieser Perspektive wie ein gesellschaftlicher Lohn für die Arbeit an solchen Gemeingütern wie der »Wissensallmende« im allgemeinen oder open-source-Projekten im besonderen.

Die Piratenpartei verleihe, träfen alle diese Überlegungen halbwegs zu, einem gesellschaftlichen Umbruch vorübergehenden politischen Ausdruck. Es geht nicht darum, sich den neoliberalen, individualistischen Lebensführungsmodellen unterzuordnen. Es geht auch nicht darum, die »durch die gesellschaftlichen Verhältnisse erzwungene und ideologisch verstärkte Orientierung auf individuelle Autonomie (...) durch utopische oder kritische Entwürfe infrage« zu stellen. Es geht darum, »ihre Verwirklichungsmöglichkeit auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse« einzuklagen: »Groß geworden in den Erwartungen gleichermaßen der Spät-68er und des neoliberalen Zeitgeistes wollen sie zunächst einmal lediglich ihre Autonomie als Subjekte bewahren.« (Lohauß 2011: 71 f.)

Die gesellschaftspolitische Dimension, die von der Piratenpartei repräsentiert wird, wäre demnach eine doppelte: Zunächst handelt es sich um das Einfordern der »basics«, der Gemeinschaftsgüter, die seitens einer Gesellschaft oder Gemeinschaft den Individuen für eine selbstverantwortete Lebensführung zur Verfügung gestellt werden müssen. Es geht um den gesellschaftlichen Preis von Verfügbarkeit, Flexibilität, Mobilität, wohlverstandener Selbstverantwortung. Zugleich offenbaren sich die Zweifel an der gesellschaftlichen Integrationskraft des Arbeitsmarktes. Arbeitsmarkt und Betrieb, zumal der große Betrieb, sind nicht länger die gesellschaftlichen Institutionen, die neben Einkommen auch immaterielle Werte wie Selbstwertgefühl,

Würde, Berufsstolz vermitteln. Nicht um Zugehörigkeit geht es, sondern um freie Zugänge. Arbeitsmarkt und Beruf werden nicht länger als die großen sozialen Integrationsmaschinen wahrgenommen. Die Gründe liegen nicht nur in den prekären Bedingungen, sondern auch in der Erfahrung verschiedener sozialer Schichten in den vergangenen zwanzig Jahren, dass Einkommen nicht nur mit Erwerbsarbeit erworben werden kann. Die Piratenpartei artikuliert den Anspruch, dass die Demokratie, die gleichberechtigte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Entscheidungsverfahren als gleiche Bürgerin und Bürger als zentraler Integrationsmechanismus einer Gesellschaft materiell abgesichert werden muss. Sie fordern Grundversorgung und Gemeingüter als Schutz für die emanzipatorischen Potentiale der Digitalisierung der Arbeits- und Lebensweise, denn gerade das so eingebettete »Prekäre« scheint vor der vollständigen Subsumtion digitaler Arbeitsweisen unter die Mechanismen der »Selbstverwertung des Werts« bewahren zu können.

Hierbei handelt es sich selbstverständlich nicht um einen Bruch zwischen den Generationen, zwischen jung und alt, sondern um unterschiedliche soziale Erfahrungswelten auch in einer Generation und auch zwischen jungen Männern und Frauen. Möglicherweise sieht sich ein größeren Teil der unter 40-Jährigen, der mehrheitlich in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt ist, darin nicht aufgehoben. Zweifellos gibt es die Erwerbsbiografien, wo nach der betrieblichen Ausbildung eine unbefristete Übernahme erfolgt. Doch diese Erfahrungen verdichten sich derzeit nicht zu eigenständigen politischen Repräsentationen. Die Piratenpartei schöpfte bei ihren Wahlerfolgen ein begrenztes Potential aus, welches eben nicht nur virtuell, sondern auch sozialräumlich präsent ist, sich möglicherweise spontan milieuartig verdichtet, ohne sich auf Dauer niederzulassen und feste Formen anzunehmen.

Ob hinter dem Erfolg der Piratenpartei ein kulturelles und abgrenzbares Milieu steht, welches über das Stammpotential von 2 bis 3% hinausreicht, ist sehr fraglich und seine Herausbildung ist angesichts der allgemeinen Ausbreitung digitaler Techniken zweifelhaft. Der Erfolg der Partei in Berlin zeigt: Im Übergang zur »Wissens-

gesellschaft« hat die vermeintliche kommende Berufselite, haben die jungen Wissensarbeiterinnen und -arbeiter, den etablierten gesellschaftlichen Kräften gezeigt, dass sie nicht gewillt und auch nicht in der Lage sind, sich auf die ausgetretene Pfade der Eltern und Großeltern zu machen. In den Wahlergebnissen der Piratenpartei 2011/2012 drückt sich ein sprach- und öffentlichkeitsmächtiger Teil der Jüngeren auf eine Art und Weise aus, die anschlussfähig ist in die Generation der in ihren vermeintlichen lebensweltlichen Planungssicherheiten ebenfalls erschütterten mittleren Generation. Mit der Wählbarkeit und dem Erfolg der Piratenpartei finden schichtenübergreifend »Prekäre« erstmals eine Projektionsfläche für politische Repräsentation, die ihre Lebenslage nicht als eine defizitäre anspricht, sondern gegen die soziale Desintegration auf dem Arbeitsmarkt die gesellschaftliche Integration über politische Teilhabe, über demokratische Partizipation an den öffentlichen Angelegenheiten verteidigt und ihre sozialen Verwirklichungsbedingungen einfordert. Ob daraus eine neue Idee für ein egalitäres Gesellschaftsprojekt erwächst oder nur die sozialen Aspirationen einer neuen, strategisch relevanten sozialen Schicht prolongiert werden, dies hängt nach den eruptiven Wahlerfolgen nicht mehr allein am parlamentarischen Fortkommen der Piratenpartei selbst.

Literatur

- Brenke, Karl: Allein tätige Selbständige: starkes Beschäftigungswachstum, oft nur geringes Einkommen; DIW Wochenbericht 7/2013, S. 3-16.
- Bundesagentur für Arbeit, Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher, Datenstand April 2012; unter <http://statistik.arbeitsagentur.de>.
- Gerner, Hans-Dieter/Wießner, Frank: Solo-Selbstständige – Die Förderung bewährt sich, der soziale Schutz nicht immer. IAB-Kurzbericht 23/2012.
- Haaf, Meredith: Die Apathie der TINA-Kinder; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2011, S. 68-78.
- Hensel, Alexander: Das Milieu der Piraten: Die Erben der Internetkultur; in: Christoph Bieber/Claus Leggewie (Hrsg.): Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012, S. 41-52

Koller, Lena/Neder, Nadja/Rudolph, Helmut/Trappmann, Mark: Viel Arbeit für wenig Geld. Selbstständige in der Grundsicherung. IAB-Kurzbericht 22/2012.

Lohauß, Peter: Weshalb es Piraten gibt. Jenseits der Sicherheit – Gesellschaftswandel und politische Erosionen; in: Kommune 4/2011, 69-76.

Wingerter, Christian: Der Eintritt junger Menschen in das Erwerbsleben. Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2009; in: Wirtschaft und Statistik, Februar 2011, S.98-117.

Die Zahlenangaben zum Wahlergebnis für die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2011 finden sich hier:

www.wahlen-berlin.de/Wahlen/BE2011/ergebnis/karten/zweitstimmen/Ergebnis-Ueberblick.asp?sel1=1252&sel2=0651 (zuletzt abgerufen am 20.02.2013).

Die Belege für die Angaben zur Berliner »Kreativwirtschaft« finden sich hier:

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung: Cluster IKT, Medien und Kreativwirtschaft. www.berlin.de/sen/wirtschaft/abisz/cluster_kmk.html (zuletzt abgerufen am 20.02.2013).

Autorinnen und Autoren

Martin Beckmann, Dr. phil., geb. 1977. Gewerkschaftssekretär im Bereich Politik und Planung der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin.

Georg Fülberth, geb. 1939. Professor für Politikwissenschaft in Marburg 1972–2004. Mitglied der DKP. Veröffentlichte zuletzt: »Das Kapital« kompakt, 2. Aufl. Köln 2012.

Conny Hildebrandt, Dipl.-Philosophin, geb. 1962. Mitglied der Partei DIE LINKE; stellvertretende Leiterin des Institutes für Gesellschaftsanalyse; Arbeitsschwerpunkt Parteien und soziale Bewegungen. Publikationen zusammen mit Birgit Daiber und Anna Striethorst: Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, RLS Texte 52, Berlin, 2010; englische Ausgabe: From Revolution to Coalition – Radical Left Parties in Europe, englische Reihe, Manuskripte 2, Berlin 2012.

Horst Kahrs, geb. 1956. Sozialwissenschaftler; Mitglied der Partei Die Linke; seit 2012 Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Sozialstruktur-analysen, Wahlanalysen und Politik des Öffentlichen. Jüngste Publikationen: »Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung«, RLS-Studien, Berlin 2012; »Umkämpfter Sozialstaat. Ein Blick auf Klassenstrukturen und Transformationen«, RLS Manuskripte Neue Folge, Berlin 2013. www.horstkahrs.de.

Detlef Kannapin, Dr. phil., geb. 1969. Filmhistoriker und Medienwissenschaftler, Publikationen zur deutschen und internationalen Filmgeschichte, zu Philosophie und Staatstheorie. Letzte Veröffentlichungen: Der dialektische Materialismus steht vor der Tür – und da bleibt er stehen! Indikatoren des Machbaren in der spätimperialistischen Philosophie, Berlin 2010; Die Gegenwärtigen. Versuch, die Verfehlung am Witz der Sache zu erklären, in: Das Argument 295/2011; Kapitel »Bild« und »Musik« in: Jörg Becker: Die Digitalisierung von Medien und Kultur, Wiesbaden 2013.

Konstanze Kriese, Dr. phil., geb. 1960. Kulturwissenschaftlerin, Vorstandsmitglied von Förderband e.V., stell. Vorsitzende der Kulturinitiative '89; Vorstandsreferentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Zusammen mit Lothar Bisky und Jürgen Scheele Herausgeberin von »Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven«, RLS-Texte Bd. 54, Berlin 2009; zuletzt: »Du bist wie Anarchismus für mich ...« – Eine Emma-Goldman-Referenz. In: Schritt für Schritt ins Paradies: Handbuch zur Freiheit, Karsten Krampitz und Klaus Lederer (Hrsg.), Berlin 2013, weitere Texte auf www.kasonze.de.

Michael Paetau, geb. 1947. Vorsitzender des Vereins »Wissenskulturen e.V.«, Leiter des »Zentrum für Soziokybernetische Studien Bonn«, Mitglied im Leitungsgremium des »Research Committee on Sociocybernetics (RC51)« der International Sociological Association (ISA), lehrte Mediensoziologie und Kommunikationswissenschaften an den Universitäten Bielefeld, Siegen und Duisburg-Essen; seit 2009 Mitglied der Piratenpartei. Aktuelle Publikationen unter anderem in den »Blättern für deutsche und internationale Politik«.

Dr. Jürgen Scheele, geb. 1963. Politikwissenschaftler, Referent für Medien- und Netzpolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zuvor langjährige Tätigkeit als Editor, Trainer und Berater im Bereich Broadcast & New Media.

Tobias Schulze, geb. 1976. Hat Literatur-, Politik- und Kommunikationswissenschaften studiert; Referent der Linksfraktion im Bundestag für Politik rund um Wissen und Technologien, Mitglied der netzpolitischen AG der LINKEN; bloggt unter anderem auf digitale.linke.de. Zur Piratenpartei zusammen mit Helge Meves: »Betriebssysteme und die Krise der Demokratie: Was lernen wir aus dem Aufstieg der Piraten?«, rls-Standpunkte 13/2012. Berlin 2012.

Dr. Wolfgang Storz, geb. 1954. Arbeitet als Medien- und Kommunikationsberater, Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Kassel, hat Bücher und zusammen mit Hans-Jürgen Arlt Studien über BILD und die Berichterstattung von Qualitätsmedien über die Finanzmarkt-Krise veröffentlicht, zuvor Medienberater und Chefredakteur von »metall« beim Vorstand der IG Metall und stellvertretender Chefredakteur (2000–2002) und Chefredakteur der »Frankfurter Rundschau« (2002–2006). www.wolfgangstorz.de

Michael H. W. Weber, geb. 1969. Promovierter Chemiker; gründete und leitet seit 2005 den gemeinnützigen Verein Rechenkraft.net e.V., war 2005/2006 maßgeblich an einem Volksbegehren gegen die Privatisierung des hessischen Universitätsklinikums Gießen-Marburg beteiligt, seit 2009 Mitglied der Piratenpartei und Mandatsträger der Stadtverordnetenversammlung Marburg; bemüht sich aktuell um den Aufbau einer Forschungsstelle für Bakteriophagen und zelluläre Stressantworten am Botanischen Garten der Philipps-Universität Marburg.

Nelli Tügel, geb. 1984. B. A. Skandinavistik und Geschichte, studiert Neuere und Neueste Geschichte (M. A.) an der Freien Universität Berlin.